

	StV. Maria Benzer	Grüne und Parteifreie
	EM. Mag. Art. Dietmar Fend	Grüne und Parteifreie
	EM. Karl Hirschböck	Grüne und Parteifreie
Ems isch üsr:	StR. DSA Bernhard Amann	Ems isch üsr
	StV. Osman Güvenc	Ems isch üsr
	StV. Roswitha Sahler	Ems isch üsr
	EM. Birgit Vanheiden	Ems isch üsr
Steinbruch - Gegner:	StV. DDr. Arnulf Häfele	Steinbruch - Gegner
SPÖ Hohenems und Parteifreie:	StV. Günter Zechner	SPÖ Hohenems
Auskunftsperson:	Dr. Markus Kranz	
Schriftführerin:	Birgit Amann	
Entschuldigt:	StV. Kurt Aberer	Liste Dieter Egger
	StV. Arno Bentele	Liste Dieter Egger
	StV. Mag. Stefan Birkel	Grüne und Parteifreie
	StV. MAS Johannes Drexel	Liste Dieter Egger
	StV. Norbert Fenkart	Liste Dieter Egger
	StR. Mag. (FH) Markus Klien	Liste Dieter Egger
	StV. Mag. Sabine Mohr-Egger	Grüne und Parteifreie
	StV. MBA Philipp Schuler	Hohenemser Volkspartei
	StV. Andreas Sohm	Liste Dieter Egger
	StV. Gökhan Ugurlu	Ems isch üsr

Tagesordnung

1. Begrüßung und Fragestunde
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Besetzung von Ausschüssen
4. Ortsfeuerwehr: Neuanschaffung (geländegängiges) Versorgungsfahrzeug, VF 2
5. Schutzgebiet Schlossberg und Glopfer - Entwurf (Motivenbericht und Plandarstellung werden nachgereicht)
6. Einbeziehung eines Grundstücks in die Landesgrünzone
7. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst.-Nr. 6961/1 & 6964/1, Hochquellenstraße - Parkplatz Ledi
8. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst.-Nr. 7560, Seelache - Veröffentlichung Entwurf
9. Geschwindigkeitsregime NEU
10. Erholungszentrum Rheinauen Badeerrichtungs- und BetriebsgmbH, Bericht der Geschäftsführung über die wirtschaftliche Situation 2021
11. Tourismus- und Stadtmarketing Hohenems GmbH, Bericht der Geschäftsführung über die wirtschaftliche Situation 2021
12. Abschluss einer Fördervereinbarung mit der Villa Rosenthal GmbH

13. Tennis.Event.Center, Kick KEG, Festlegung eines marktüblichen Baurechtszinses ab 01.01.2023
14. Antrag der SPÖ & Parteifreie: Hohenemser Finanzen
15. Antrag der SPÖ & Parteifreie: Ganztagesbetreuung an der MS Herrenried
16. Antrag Ems isch üsr: Reduktion der Gebühren für Wasser und Abwasser/Kanal und Müll/Abfall, sowie der Elternbeiträge für Kleinkinderbetreuung, Kindergarten und Schülerbetreuung Schuljahr 2022/2023
17. Landtagsbeschluss betreffend ein Verfassungsgesetz bzw. Gesetz über eine Änderung
 - a) der Landesverfassung
 - b) des Parteienförderungsgesetzes
 - c) des Gesetzes über die Bildung und Betreuung von Kindern - Sammelgesetz
 - d) des Sportgesetzes
18. Abschluss einer Fördervereinbarung mit der Röm.-kath. Pfarre zum hl. Karl Borromäus
19. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz
20. Genehmigung der Niederschrift über die 17. und 18. Sitzung der Stadtvertretung
21. Allfälliges

Verlauf:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden StadtvertreterInnen, BürgerInnen, Presse und die Zuschauer via Livestream und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Vorsitzende nimmt den Tagesordnungspunkt 8 „Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst.-Nr. 7560, Seelache - Veröffentlichung Entwurf“ für weitere Abklärungen von der Tagesordnung.

Weiters stellt der Vorsitzende den **Antrag** um Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes „Abschluss einer Fördervereinbarung mit der Röm.-kath. Pfarre zum hl. Karl Borromäus“. Dieser soll als TOP 18 behandelt werden.

Der **Antrag** und die restliche Tagesordnung werden einstimmig **angenommen**.

1. Begrüßung und Fragestunde

Es erfolgt keine Wortmeldung.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Am 14.11. um 19 Uhr findet die Präsentation „Rhesi“ im Feuerwehrhaus statt. Ich bitte um zahlreiche Teilnahme. Die Einladung erging nochmals per Email an die Stadtvertretung, Planungsausschuss und Finanzausschuss.

3. Besetzung von Ausschüssen

StV. Robert Isopp: Ich stelle den **Antrag** im Namen der Grünen und Parteifreien, dass alle StadtvertreterInnen als Ersatzmitglieder in die Ausschüsse entsandt werden können.

Der **Antrag** wird einstimmig **angenommen**.

4. Ortsfeuerwehr: Neuanschaffung (geländegängiges) Versorgungsfahrzeug, VF 2

Bürgermeister Dieter Egger begrüßt eine Abordnung der Feuerwehr mit Mathias Österle, Thomas Schelling und Stefan Banzer. Ich möchte mich nochmals herzlich für euren unermüdlichen Einsatz bedanken. Gestern fand eine große Übung im EHZ Rheinauen statt, obwohl am 6.11. ein Großeinsatz auch in Koblach war. Es hat alles hervorragend geklappt und nochmals vielen Dank an alle. Diese Anschaffung war schon lange ein Thema. Die Feuerwehr hat sich intensiv und fachkundig mit diesem Thema auseinandergesetzt. Ein geländegängiges Fahrzeug ist mit unserem Bergland und den Bergparzellen notwendig und sinnvoll. Dieses Fahrzeug kann vielseitig eingesetzt werden.

StV. Arnulf Häfele: Auch ich möchte mich bei der Feuerwehr bedanken. Es ist ja nicht mehr so wie vor 30/40 Jahren. Heute braucht es viel mehr technisches Wissen usw. Es ist erstaunlich, dass es heutzutage immer noch Leute gibt, die ihren Kopf hinhalten und dies ehrenamtlich. Mich wundert nur die Bedeckung durch Ertragsanteile.

Bürgermeister: Wir werden nach jetzigem Stand 1,5 Mio. Euro mehr Ertragsanteile erhalten.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Für die Anschaffung eines zusätzlichen Versorgungsfahrzeuges für die Ortsfeuerwehr können außerhalb des Voranschlags 2022 € 55.500 zu Lasten des neuen Kontos 1/1630-0400, Ortsfeuerwehr, Anschaffung Fahrzeuge aufgewendet werden.
2. Die Bedeckung hat durch Mehreinnahmen von € 55.500 beim Konto 2/9250-8598, Ertragsanteile gem. FAG zu erfolgen.
3. Bereitstellung von € 20.000 für den Fahrzeugaufbau des VF 2 im Voranschlag 2023 auf dem Konto 1/1630-0400, Ortsfeuerwehr, Anschaffung Fahrzeuge.
4. Anschaffung eines gebrauchten Mercedes Benz Trans X 350 d von der Autohaus UITZ GmbH, 8330 Feldbach um brutto € 55.500 gemäß Angebot vom 13.10.2022.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

5. Schutzgebiet Schlossberg und Glopper - Entwurf (Motivenbericht und Plandarstellung werden nachgereicht)

Bürgermeister Dieter Egger: Ich glaube, dass wir den Beschluss schon länger hätten fassen sollen. Es ist ein Kulturerbe. Der Schlossberg hat landschaftlich große Besonderheiten, die es zu erhalten gibt. Auch die Tierwelt ist besonders. Ein beliebtes Naherholungsgebiet für die Menschen ist sehr wichtig. Es ist unsere Aufgabe das zu schützen, was es zu schützen gibt. Es geht nicht darum, Menschen auszuschließen, sondern klare Regeln aufzustellen. Ein gutes Miteinander von Mensch und Natur. Der Umwelt- und der Planungsausschuss haben sich inhaltlich damit auseinandergesetzt und den Verordnungsentwurf einstimmig empfohlen.

EM. Karl Hirschböck: Wir Grünen freuen uns sehr, den Schlossberg und Gloppler zu schützen. Er ist maßgebend für die Artenvielfalt und sehr bedeutend auch als Naherholungsgebiet. Mit dieser Unterschutzstellung machen wir etwas ganz Tolles.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt den Entwurf einer Verordnung zur Unterschutzstellung der Gebiete „Schlossberg“ und „Gloppler“ gemäß des beiliegenden Verordnungsentwurfes (Zl h520.3-4/2022) inkl Plandarstellung zur Gebietsabgrenzung vom 07.11.2022 (Plan-Zl h520.3-4/2022) und Veröffentlichung gemäß § 29 iVm § 46a Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

6. Einbeziehung eines Grundstücks in die Landesgrünzone

StR. Milina Kloiber: Dr. Heinz Vogel möchte sein Grundstück in die Landesgrünzone eingliedern lassen. Es wurde in den Ausschüssen behandelt und einstimmig empfohlen.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems regt bei der Landesregierung die Einbeziehung der Liegenschaft Gst-Nr 1188 in die Landesgrünzone (Verordnung der Landesregierung über die Festlegung von überörtlichen Freiflächen in der Talsohle des Rheintales) an.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

StV. Arnulf Häfele: Wir müssen Dr. Vogel dafür danken.

7. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst.-Nr. 6961/1 & 6964/1, Hochquellenstraße - Parkplatz Ledi

StR. Milina Kloiber: Die Grundstücke sollten als öffentlicher Parkplatz ausgewiesen werden. Über den bestehenden Parkplatz wird auch der Waldkindergarten angeschlossen. Es spricht nichts gegen eine Ausweisung als Parkplatz. Die Umwidmung muss befristet werden. Der Ausschuss hat es einstimmig empfohlen. Ohne Widmung müssen wir den Parkplatz behördlich schließen.

StR. Angelika Benzer: Die diversen Umwidmungen in der Ledi wurden öfters diskutiert. Beim Parkplatz sehen wir das gelassener. Wir werden der Umwidmung zustimmen. Wir wünschen uns, dass ein genaues Auge darauf geworfen wird, falls es zu Überschwemmungen kommt.

Bürgermeister Dieter Egger: Das ist selbstverständlich und geschieht jetzt schon. Bei Starkregen und Hochwassergefahr beobachten wir diese Stellen besonders.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt den Entwurf zur Teiländerung des Flächenwidmungsplanes für die Liegenschaft Gst.-Nr. 6961/ & Gst.-Nr. 6964/1, KG Hohenems, gemäß der zeichnerischen Darstellung im beiliegenden Plan (Plan-ZI h031.2-18/2022 vom 24.10.2022) und Veröffentlichung gemäß § 23 iVm §21 Raumplanungsgesetz.

wird mit 34:2 Stimmen (SPÖ, Steinbruch-Gegner) **angenommen**.

8. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst.-Nr. 7560, Seelache - Veröffentlichung Entwurf

Wurde am Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

9. Geschwindigkeitsregime NEU

Bürgermeister: Ich habe die Fachabteilung, Michael Pillei, beauftragt, ein Konzept mit gewissen Vorgaben wie Straßentypen usw., zu erstellen. Nach dem Motto 50, 40, 30 und 20. Ich war selber etwas überrascht, wie groß der Aufwand ist, damit das Ganze dann auch rechtlich gut begründbar ist. Er hat eine unglaubliche Arbeit gemacht. Er hat alle Straßen aufgenommen, fotografiert und hat einen fachlichen Raster gemacht. Im Wesentlichen geht es wirklich darum, dass wir versuchen, die Sicherheit auf unseren Straßen zu verbessern, die Lebensqualität, die Wohnqualität in den Wohnquartieren, aber auch für Fußgänger und Radfahrer Verbesserungen herbeizuführen. Ich glaube, dass es einfach zeitgemäß ist. Es gibt auch mehr Transparenz für die Bevölkerung, wo sie wissen, auf diesen Straßenkategorien darf man wieviel fahren. Im Planungsausschuss wurde dies einstimmig angenommen. Wir würden hier quasi das Grundkonzept beschließen. Auf Basis dieses Grundkonzeptes werden die entsprechenden Verordnungen ausgearbeitet. Es gibt auch ein Bürgerbeteiligungsverfahren. Die Bürger werden eingeladen, sich dazu zu äußern und nach diesem Verfahren und der Auflage der Verordnung wird erst dann die Verordnung beschlossen werden.

StV. Gabriele Bächle: Wir bedanken uns bei der Stadtverwaltung für die fundierte Erarbeitung dieses Themas. Es ist unbestritten, dass geringere Geschwindigkeiten weniger Schadstoffausstoß und weniger Lärm bedeuten. Erwiesen ist auch, dass geringere Geschwindigkeiten die Verkehrssicherheit erhöhen. Ganz besonders hervorheben möchte ich eine Studie aus dem Jahre 2022, aus der hervorgeht, dass eine Temporeduktion von 50 auf 30 eine signifikante Reduzierung der Lärmbelastung von rund 3 DB bewirkt. Dies wird von Menschen als Halbierung vom Verkehr wahrgenommen. Außerdem sollen Schlafstörungen abnehmen. Durch eine Geschwindigkeitsreduktion gewinnt der Straßenraum an Attraktivität, insbesondere für den Langsamverkehr, also für Fußgänger und Radfahrende. Warum aber nicht eine einheitliche Lösung? Wir sehen, dass der Fleckerlteppich noch länger bleibt. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, dass Tempo 30 im gesamten Wohngebiet eingeführt werden soll. Gerade die Nibelungenstraße und die Brucknerstraße sind Straßen, die von vielen Kindern und Jugendlichen benützt werden. Auch die Kirchholzstraße, die eine wichtige Verbindung ins EHZ Rheinauen ist, muss für Radfahrende sicher und attraktiver gestaltet werden. Durch eine einheitliche Höchstgeschwindigkeit müsste man nur an jeder Einfahrtsstraße eine Tafel mit 30 kmh mit Ausnahme von Vorrangstraßen für das ganze Stadtgebiet aufhängen und das würde genügen. Wir finden es fair, wenn alle BürgerInnen in diesen Genuss kommen würden.

Ich habe einen Gedanken von einem Dornbirner Stadtplaner gefunden, der gesagt hat, man muss sich vorstellen – es geht auch sehr um die Bewusstseinsbildung – „Jeder sollte sich bewusst sein, dass er durch das Wohnzimmer seines Nachbarn fährt und sich daher entsprechend rücksichtsvoll verhalten soll.“

Wir würden es sehr begrüßen, wenn es sich die Stadtverwaltung nochmals überlegt und in genau diesen drei Straßen Tempo 30 verordnen würde. Wir haben schon in Vorgesprächen mit dem Bürgermeister darüber gesprochen. Es soll nicht auf die Breite drauf ankommen. Wir Grüne sind für 30 kmh auf allen Gemeindestraßen im bewohnten Gebiet.

Bürgermeister Dieter Egger: Es braucht auch fachliche Grundlagen. Michael Pillei hat dies im Ausschuss sehr fachlich vorgestellt und auch die Unterlagen sind eindeutig. Es gibt auch rechtliche Grundlagen die maßgebend für uns sind. Temporeduktionen und Tempofestlegung sind kein Wunschkonzert. Es hat eine fachliche Logik und ist damit die rechtliche Grundlage, dies zu machen. Tempo 30 überall wird mit Sicherheit nicht überall funktionieren. Eines der Ziele ist und das steht auch ganz klar drinnen, so schnell als möglich den Verkehr aus den Seitenstraßen der Wohngebiete zu bringen. Dieser Effekt wäre bei Tempo 30 nicht gegeben. Die Umfahrungsstraße wird sehr gut angenommen. Mittlerweile haben wir die Verlagerung auf die Umfahrungsstraße und den Verkehr nicht mehr im Ortszentrum. Michael Pillei hat eine sehr gute Arbeit gemacht. Straßenrückbauten gehen nicht so schnell. Wir können nur verordnen, was derzeit Bestand ist. Wir machen hier einen sehr, sehr großen Schritt. Ich bezweifle auch die Akzeptanz. Wir müssen die Bevölkerung auf diesem Weg mitnehmen.

StV. Christian Mathis: Danke an die Stadtplanung, die wirklich eine sehr professionelle Arbeit gemacht haben. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind immer ein schwieriges Thema. Vielen geht es so, wenn man selbst im Auto sitzt, will man eher schnell ans Ziel kommen. Vor der eigenen Haustür wünscht man sich jedoch, dass die anderen Verkehrsteilnehmer möglichst langsam fahren. Ich denke mit diesem Konzept ist ein nachvollziehbares und vernünftiges Konzept da ist. Unsere eingebrachten Änderungsvorschläge wurden weitestgehend berücksichtigt.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung beschließt die Ausarbeitung und Veröffentlichung eines Verordnungsentwurfes zum Geschwindigkeitsregime NEU unter Berücksichtigung der im Ausschuss akkordierten Anpassungen und der gesetzlich vorgesehen Einbeziehung der Bevölkerung.

wird mit 33:3 Stimmen (StV. Gabriele Bächle, StV. Maria Benzer, Vizebgm. Patricia Tschallener) **angenommen**.

10. Erholungszentrum Rheinauen Badeerrichtungs- und BetriebsgmbH, Bericht der Geschäftsführung über die wirtschaftliche Situation 2021

Bürgermeister: Der Bericht des Geschäftsführers liegt vor. 2021 war ein durchwachsendes Jahr für die Freibäder wegen Corona und schlechtem Wetter. Die Besucherzahlen gingen um 33 % zurück. Die Umbauten bei den Sanitäranlagen sind sehr gut geworden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Ewald Petritsch und seinem Team für die hervorragende Arbeit zu bedanken. Wir sind sehr froh, dass wir ihn als Geschäftsführer haben.

StV. Arnulf Häfele: Ich möchte mich auch bei Ewald Petritsch und seinem Team recht herzlich bedanken. Er und seine gesamte Mannschaft sind toll und machen eine hervorragende Arbeit.

Das größte Problem in Zusammenhang mit Rheinauen ist nach wie vor die Straße, die direkt vor dem Eingang zum Schwimmbad vorbeiführt. Es gibt nicht nur während der Badesaison brenzlige Situationen. Ich stelle nachstehende der **Anfrage** nach § 38 Abs. 4 GG:

Es wurde in den letzten Monaten immer von einer großen Lösung dieses Straßenproblems in Zusammenhang mit einer neuen Autobahnauffahrt für die Kiestransporte gesprochen. Diese Lösung ist offensichtlich nicht mehr aktuell.

Wie schaut nach Ansicht der zuständigen Fachabteilung im Rathaus eine mögliche und rascher durchführbare Lösung des Straßenzuges in Rheinauen aus?

Wann werden Sie der Stadtvertretung einen entsprechenden Plan vorlegen?

In welchem Zeitraum kann mit der Verwirklichung eines Planes gerechnet werden?

Bürgermeister: Vor einiger Zeit wurden verschiedene Varianten untersucht. Wir müssen uns mit den Alternativen beschäftigen. Die Logik ist klar. Wir müssen den Verkehr entflechten. Anfang 2023 wird dies im Planungsausschuss behandelt. Es geht um den motorisierten Verkehr, den Rad- und Fußverkehr. Die Asfinag ist dabei, als Grundeigentümer, ein wichtiger Partner. Wir müssen mit ihr verhandeln. Wir brauchen diesen Grund. Sie wollten jedoch im Gegenzug immer einen LKW Abstellplatz und wir sind vehement dagegen. Wir schauen uns das gemeinsam an. Wie schnell das geht, weiß ich nicht.

StV. Dieter Mathis: In den Berichten der Rheinauen und TSH stehen keine Zahlen. Es ist ein Tätigkeitsbericht der beiden Bereiche. Wir sollten diese Berichte zeitnäher haben. Die Bilanz sollte auch vorher vorliegen. Zum Bericht sollte eine Jahresbilanz beigelegt werden.

Bürgermeister: Für mich ist die späte Vorlage auch unbefriedigend. Ich habe die Geschäftsführer angewiesen, die Berichte früher vorzulegen.

Der **Antrag** lautend auf:

Der Bericht 2021 der Geschäftsführung über die wirtschaftliche Situation und die voraussichtliche Entwicklung der Erholungszentrum Rheinauen Badeerrichtungs- und BetriebsgmbH vom 25.10.2022 wird zur Kenntnis genommen.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

11. Tourismus- und Stadtmarketing Hohenems GmbH, Bericht der Geschäftsführung über die wirtschaftliche Situation 2021

Bürgermeister: Der Bericht enthält auch die verschiedenen Veranstaltungen, Nächtigungen, Verwaltung der Säle usw. Die gute Zusammenarbeit mit der WIGE ist auch hervorzuheben.

StR. Bernhard Amann: Wir haben diese Sachen kurz in Stadtrat diskutiert. Ich habe Probleme damit, dass bei eigenen Veranstaltungen und Fremdveranstaltungen ein Abgang von 210.000 Euro verzeichnet ist. Das sehe ich nicht ein, dass der Abgang so groß ist. Ich kann diesem Bericht nicht zustimmen.

Bürgermeister: Wir haben hauptsächlich Kosten und dies ausführlich diskutiert, ob ein Eintritt verlangt werden soll. Wenn man Eintritt verlangt sind die Kosten für die Eintrittskontrolle und Absperrung auch hoch. Die Veranstaltungen haben sehr stark zur Belebung der Stadt geführt. Es wurden viele Menschen nach Hohenems gezogen. Unsere TSH ist das schlänkste Büro im ganzen Land. Das Programm ist sehr vielfältig. Verschiedenste Märkte, Handelsaktionen, Führungen, Zauberwald zur Weihnachtszeit, usw. Das kostet Geld. Wenn wir dieses Geld nicht mehr ausgeben wollen, sind wir tot. Wir müssen das der Bevölkerung anbieten. Die Kosten sind zu bezahlen und gut investiert.

StR. Bernhard Amann: Die Kulturvereine von Hohenems sollen dies machen. Dass der Abgang so hoch ist, ist mir nicht klar. Die örtlichen Kulturvereine sollen dementsprechend unterstützt werden, dass diese das durchführen.

StV. Arnulf Häfele: Ich hatte an den freiheitlichen Wirtschaftsstadtrat die Anfrage gestellt, wegen der Weingläser nach dem Weinfest. Der Wirtschaftsstadtrat hat geantwortet, dass eine Änderung dieser Maßnahme ist für das nächste Jahr bereits vorgesehen ist und er die Verantwortung übernimmt. Der Geschäftsführer hat bei der Vorstellung des Konzeptes eine gute Figur gemacht. Ich werde zustimmen.

Bürgermeister: Ich möchte Clemens Osl für seine hervorragende Arbeit sehr danken. Die Arbeit ist sehr professionell.

Der **Antrag** lautend auf:

Der Bericht 2021 der Geschäftsführung über die wirtschaftliche Situation und die voraussichtliche Entwicklung der Tourismus- und Stadtmarketing Hohenems GmbH vom 24.10.2022 wird zur Kenntnis genommen.

wird mit 32:4 Stimmen (Ems isch üsr) **angenommen**.

12. Abschluss einer Fördervereinbarung mit der Villa Rosenthal GmbH

Bürgermeister: Die denkmalrelevante Unterstützung beträgt 15 % und ist laut Richtlinien mit Euro 30.000 gedeckelt. Dieser „Deckel“ soll bei diesem Projekt aufgehoben werden. Die Villa Rosenthal ist für uns alle ein großes Anliegen. Mit Architekt Waibel haben wir ein gutes Team für die Renovierung gewinnen können. Das wird ein Meisterstück, das natürlich Geld kostet. Die denkmalrelevanten Kosten sind mit ca. 2,1 Mio. angegeben. Deshalb sollen 15 % der anerkannten, denkmalrelevanten Kosten bzw. max. 315.000 Euro gefördert werden. Die Förderung soll in zwei Raten ausbezahlt werden.

StV. Maria Benzer: Die Villa ist ein Juwel. Die Villa spielt eine große Rolle beim Ausbau des Rathaus Quartiers. Die denkmalgeschützte Renovierung sehen wir als Pluspunkt für die Stadt. Wir stimmen einer Förderung und der Fördervereinbarung zu.

StR. Gerhard Stoppel: Wir freuen uns grundsätzlich über jede denkmalgeschützte Renovierung. Es ist daher Aufgabe der Stadt sich an den Kosten zu beteiligen. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Förderungen im Einzelfall überprüft werden. Beim Kulturgut ist dies sicher der Fall. Die ÖVP wird der Förderung zustimmen.

Zum Vorlagebericht Abschluss einer Fördervereinbarung für die Pfarrkirche St. Karl, möchte ich festhalten, dass es eine Zumutung ist, dass diese Vereinbarung erst heute Nachmittag vorgelegt wird. Dann kann man sich ja gar nicht mehr vorbereiten.

Bürgermeister: Im Finanzausschuss wurde dieser schon angekündigt. Die Gespräche konnten erst kurzfristig finalisiert werden. Ich habe mich nun getraut, dies heute vorzubringen.

StR. Bernhard Amann: Der öffentliche Zugang zur Villa ist nicht groß. Es sollen kulturelle Aktivitäten stattfinden. Es sollen Büros und auch ein Cafe reinkommen.

Bürgermeister: Das Konzept von Frauke Kühn wurde vorgestellt und ist sehr lebendig. Das Cafe ist auch öffentlich zugänglich. Es ist alles offen. Dieses Haus ist zu 2/3 auf jeden Fall öffentlich. Der Wunsch wäre, thematisch etwas zu finden, was mit Literatur zu tun hat. Die Investoren sind da relativ offen. Es wird extrem lebendig und auch das ganze Quartier.

Bernhard Amann: 2/3 sind privat und 1/3 Literaturhaus.

Bürgermeister: Es ist lebendig und öffentlich. 2/3 werden zugänglich sein. Das Cafe und das Literaturhaus sind öffentlich.

StV. Arnulf Häfele: Punkt 1 bin ich natürlich für die Sanierung der Rosenthalvilla. Punkt 2 Es ist sehr gut, dass Architekt Waibel das macht. Punkt 3 Wenn ein Privater diese Villa sanieren würde, dann würde ich sehr gerne zustimmen und auch noch mehr Geld geben. Aber hier ist eine Gesellschaft mit Alpa, Colli ni und Eugen Russ, drei Mehrfachmillionäre, die bereits den gesamten Jüdischen Garten nutzen, als Investoren dort viel Geld verdienen und wir füttern nun diese Gesellschaft, die Eigentümer der Rosenthalvilla sind, noch mit 315.000 Euro. Ich bin hier nicht einverstanden. Ich beantrage eine **namentliche** Abstimmung, damit kommende Generationen wissen wer dafür verantwortlich ist.

Markus Kranz erläutert aus dem Gemeindegesetz die Stelle wegen der Anzahl der Stimmen für einen Antrag auf namentliche Abstimmung. 1/4 der Stimmen muss dem Antrag zustimmen.

Der **Antrag** auf namentliche Abstimmung wird mit 31:5 Stimmen **abgelehnt**.

Der **Antrag** lautend auf:

Abschluss der beiliegenden Fördervereinbarung mit der Villa Rosenthal GmbH über die denkmal-schutzgerechte Sanierung der Villa Iwan u. Franziska Rosenthal, Radetzkystraße 1-3, 6845 Hohenems.

wird mit 30:6 Stimmen (StV. Günter Zechner, StV. Arnulf Häfele, Ems isch üsr) **angenommen**.

13. Tennis.Event.Center, Kick KEG, Festlegung eines marktüblichen Baurechtszinses ab 01.01.2023

Bürgermeister: Die Ausgangssituation ist allen bekannt. Wir haben zwei Gutachter im Vorfeld beauftragt. Dort gibt es eine Sonderwidmung Sport. Das TEC wird aber auch gewerblich genutzt. Die Gutachten haben dafür Abschläge bei den Grundstückspreisen, aber beide sind zu den gleichen Grundstückspreisen gelangt. Wir haben das Mittel beider Gutachten angenommen. Der Baurechtszins soll 4

% betragen, das sind 5000 Euro monatlich ab 2023. Fam. Kick hat noch um eine Einschleifregelung für 2023 gebeten. Im ersten Jahr sollen 4000 Euro monatlich berechnet werden. Mit der Indexierung beträgt der monatliche Baurechtszins 5000 Euro ab dem Jahre 2024. Sie bewirtschaften die Halle gut. Mit diesem Vorschlag können wir gut leben.

Der **Antrag** lautend auf:

Abschluss der im Entwurf 1.1 beiliegenden Ergänzung vom 04.11.2022 zum Baurechtsvertrag vom 24.09.2001 mit der Kick KEG, FN 210435 p.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

14. Antrag der SPÖ & Parteifreie: Hohenemser Finanzen

Vizebgm. Patricia Tschallener: Natürlich wollen wir, dass die Stadt mit den Energiekosten klarkommt. Aber wenn wir Geld bekommen, gibt es keinen Sparanreiz mehr. Jetzt noch wahllos Geld auszuschütten, würde heißen, dass in vielen Gemeinden so weiter gemacht wird, wie bisher. Das wollen wir nicht unterstützen.

Bürgermeister: Wir werden den Antrag nicht unterstützen. Wir hätten gerne mehr Geld vom Bund. Wir machen das über die Gremien. Es sind der Gemeindebund und Städtebund dran. Ich weiß nicht, was herauskommen wird und auch nicht in welcher Form. Es soll ein Paket mit Strukturmitteln geben. Die anderen Themen sind übergeordnet zu regeln.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Hohenemser Stadtvertretung möge den beigefügten Resolutionstext an die Bundesregierung zum Thema „Energiekosten und Baukosten explodieren – Finanzkollaps der Gemeinden verhindern“ beschließen.

wird mit 32:4 Stimmen (SPÖ; StR. Bernhard Amann, StV. Osman Güvenc, StV. Roswitha Sahler) **abgelehnt**.

15. Antrag der SPÖ & Parteifreie: Ganztagesbetreuung an der MS Herrenried

StV. Günter Zechner: Das Konzept in der Mittelschule kann nicht umgesetzt werden. Die Schülerbetreuung ist nicht möglich. Es ist seit 10 Jahren so. Es ist nicht ausreichend geschultes Personal da. Ich habe mir das angeschaut. Der Zustand ist erschütternd. Es gibt keinen Rückzugsraum. Ich finde super, dass etwas vorwärts gehen soll.

Vizebgm. Patricia Tschallener: Zuerst möchte ich auf die angeführten Punkte eingehen (ich möchte sie jetzt nicht „Unterstellungen“ nennen, obwohl sie dem teilweise schon sehr nahekommen):

Die räumlichen Voraussetzungen für eine gelingende Mittagsbetreuung müssen geschaffen werden:

Die Kinder der Schülerbetreuung sind aufgeteilt in jene, welche sich das Essen selbst mitbringen und jene, welche die warme Mahlzeit über die Stadt einnehmen.

Die Gruppe mit den warmen Mahlzeiten besteht aktuell aus maximal 18 Kinder und für jene steht ein ca. 60qm-Raum in SPZ zur Verfügung.

Für die eine Jausengruppe steht der Festsaal, für die andere der Musiksaal zur Verfügung, die Kinder haben dort auch die Möglichkeit, ihr mitgebrachtes Essen aufzuwärmen (Mikrowelle) oder eben eine Jause einzunehmen. Der Musiksaal ist keine ideale Lösung, aber für die kurze Zeit über Mittag funktioniert es aktuell. Längerfristig, gerade mit steigenden Schüler:innenzahlen braucht es aber natürlich eine andere Lösung. Dazu war ja bereits zB das Familienzentrum im Gespräch.

Schüler:innen brauchen Raum, um sich austoben zu können. Sie brauchen Rückzugsoasen. Es muss Chill-Ecken zum Musik hören, für Unterhaltungen etc geben.

Es stehen im SPZ zwei Chill-Ecken zur Verfügung (von denen aktuell jedoch nur eine genutzt wird), ein Bastelraum, ein Kickertisch u. der kleine Turnsaal, um sich auszutoben.

An der Schule ist der Turnsaal ab der 6. Stunde verfügbar, zudem befürworte ich persönlich so oder so, dass jene, die sich austoben wollen, das in der Mittagspause am besten im Freien machen, dazu stehen auch der Fußballplatz u. der Schulhof zur Verfügung, wo weiteres, verschiedenes Spielzeug verwendet werden kann und auch wird.

Seitens der Schule wurden bisher keine Wünsche auf Möblierungen bzgl. Sitzsäcken, Couch für Chill-Ecken an die Stadt herangetragen (die ja nicht nur für die Schülerbetreuung, sondern auch für Frei- oder Supplierstunden, für gewisse Arbeitsaufträge, etc. – also während des Schulalltags – genutzt werden sollen.)

Bei solchen Wünschen oder Ausstattungen von Schulen hat die Stadt jedoch meines Wissens noch nie gespart, diese Ausstattungen müssen aber durch die Schule budgetiert bzw. angefordert werden.

Wir hatten schon mehrmals das „Problem“, dass die Schülerbetreuung (an anderen Standorten) Ideen für räumliche Nutzungen an den verschiedenen Schulen hatte, welche sich für den Schulalltag dann aber seitens der Schulleitung nicht umsetzen ließen und somit abgelehnt wurden. Es braucht hier also die aktive Vorgehensweise durch die Schule, wenn es um Räumlichkeiten geht, welche grundsätzlich schulisch genutzt werden.

- Das Essen ist nicht altersgerecht.

Ich war letzte Woche am Donnerstag in der Schülerbetreuung Herrenried, um 12:55. Die SchülerInnen beginnen mit dem Essen um 12:45 u. als ich vor Ort war, hat sich bereits die Hälfte der SchülerInnen ein zweites Mal geschöpft, es scheint ihnen also zu schmecken, sonst schöpfe ich nicht nach! Natürlich gibt es immer wieder mal etwas, das manchen nicht schmeckt, aber so lernen die Kinder auch mal andere Speisen und Lebensmittel kennen. Die Schülerbetreuerinnen nehmen dann bei anderen Bestellungen darauf Rücksicht, wenn sich herausstellt, dass ein Kind etwas überhaupt nicht mag.

Außerdem gibt es keine Wahlmöglichkeit und schließt somit Kinder und Jugendliche, die sich vegetarisch ernähren, aus. Das Essen muss altersgerecht, regional und nachhaltig hergestellt werden. Es muss eine Auswahlmöglichkeit geben. Muslimische Schüler:innen oder solche, die sich vegetarisch ernähren, dürfen nicht aufgrund des Essens ausgegrenzt werden.

Es gibt täglich eine Menüauswahl (1x mit Fleisch/Fisch, 1x vegetarisch). Von Montag bis Freitag wird vom Anbieter komplett auf Schweinefleisch verzichtet.

Es wird durch die Menüpläne versucht, die Kinder wieder zu einer gesunden und abwechslungsreichen Ernährung zu bewegen. Wir hatten hier in den letzten Jahren schon etliche Diskussionen, warum es im Winter denn keine Tomaten im Salat und es zu gewissen Zeiten immer ähnliche Blattsalate gibt, dazu gab u. gibt es auch immer wieder Aufklärungen für die Schülerbetreuerinnen, um dies den Kindern ordentlich vermitteln zu können – Regionalität – Saisonalität.

Die Kinder bzw. die Eltern können bei der Anmeldung angeben, ob sie sich vegetarisch ernähren wollen, diese Möglichkeit besteht, es gibt ein Feld für „Anmerkungen“, zudem wird bei der Anmeldung abgefragt, ob Unverträglichkeiten, Allergien etc. vorliegen. Für Kinder, die darunter leiden, gibt es durch den Anbieter immer eine Alternative.

Die Standortleitung bestellt aufgrund dieser Anmeldungen das Essen wöchentlich und achtet auf eine ausgewogene und vielfältige Wahl der Speisen. Wichtig ist der Stadt, dass nicht täglich Fleisch angeboten wird. Das entspräche auch nicht den Ernährungsempfehlungen der u.a. ÖGK /dem aks Gesundheit – die speziell auch Empfehlungen für die Kinder- u. Schülerbetreuung ausgearbeitet haben, welche wiederum von der Stadt beachtet werden.

Gerichte wie Gemüseaufläufe, vegetarische Strudel etc. sind nicht bei allen beliebt. Dennoch werden sie ab und zu bestellt, um den Kindern eine Vielfalt an Geschmäckern anbieten zu können.

Der Anbieter für die warmen Mahlzeiten ist derzeit mit drei Gabeln (Silber) eingestuft und ist aktuell im Prüfverfahren für die Auszeichnung zur vierten Gabel (Gold). Das Ergebnis wird im Frühjahr 2023 erwartet. Bei diesen Auszeichnungen geht es neben der Qualität des Essens um Regionalität, Nachhaltigkeit und Wertschöpfung in Vorarlberg bewertet.

Es wird zudem auch bei den Kindern, welche sich die Jause mitbringen, darauf geachtet, dass diese möglichst gesund ist. Dazu gibt es Vermerke im Merkblatt zur Schülerbetreuung (kein Junkfood, keine zuckerhaltigen Getränke, keine Knabbereien) und es wurde vor einigen Jahren auch noch unter dem vorherigen Direktor sogar in die Schulordnung aufgenommen.

- Es steht nicht ausreichend geschultes Betreuungspersonal für die Mittagsbetreuung zur Verfügung. Ein pädagogisches Konzept zu erarbeiten bzw. umzusetzen ist daher nicht möglich. Pädagogisch geschultes Betreuungspersonal muss aufgestockt werden

Es ist korrekt, dass grundsätzlich kaum pädagogische Personal zu finden ist, darf aber auch nicht verwundern, wenn wir, wie gestern wieder bekannt wurde, mittlerweile sogar in den Pflichtschulen ca. 25% des Personals nicht über eine pädagogische Ausbildung verfügen.

In der Schülerbetreuung ist die Situation nicht anders als in ganz vielen anderen Fachbereichen – Stichwort Fachkräftemangel. Würden wir als Stadt hier mehr Fachpersonal bekommen, würden wir es selbstverständlich einstellen.

Das Personal, das eingestellt ist, bekommt durch die Stadt verschiedenste Schulungen angeboten:

Es ist unerlässlich, das Personal zu schulen und ständig weiterzubilden, um die Sicherheit der Schüler:innen gewährleisten zu können.

Im November findet die jährliche Hygieneschulung statt. Zudem ist stets ein Erste-Hilfe-Kurs (Kinder / Jugendliche) für das Personal vorgesehen. Bei Bedarf bieten wir Supervision an. Wir haben auch schon andere interne Fortbildungen speziell für die Freizeitbetreuer*innen organisiert (bspw. Fortbildung mit Margit Hinterreiter, Infoabend mit dem ehemaligen Kinder- u. Jugendanwalt Michael Rauch zu rechtlichen Themen etc.).

Wenn die Betreuerinnen selbstständig eine Fortbildung absolvieren wollen, können sie das in Rücksprache mit der Abteilungsleitung jederzeit gerne tun.

Zudem motivieren wir sie, die Freizeitpädagogik-Ausbildung an der PH Feldkirch zu absolvieren. Problem: Maximale Aufnahme von 20 Bewerber*innen jährlich, obwohl landesweit wesentlich mehr Bedarf an ausgebildetem Personal gegeben wäre. Dass dieser Lehrgang aufgestockt werden sollte, wurde die letzten Jahre immer wieder dem Land kommuniziert.

Ein pädagogisches Konzept kann nur mit ausreichend Personal erarbeitet und auch umgesetzt werden und gewährleistet damit, dass die Kinder und Jugendlichen in der Mittagszeit nicht nur beaufsichtigt werden, sondern, dass sie diese Zeit auch positiv nutzen können. Ein pädagogisches Konzept zu erarbeiten bzw. umzusetzen ist daher nicht möglich. Inhaltlich und rechtlich falsch.

Für die Ausarbeitung des pädagogischen Konzepts für die verschränkte Form bzw. für die individuelle oder die gegenstandsbezogene Lernzeit ist – und das ist gesetzlich eindeutig definiert – einzig und alleine die Schulleitung zuständig! Somit eine einzelne Person. Niemand anderer ist dafür zuständig, als der Direktor oder die Direktorin, was durch das Schulunterrichtsgesetz geregelt ist:

Auf die Frage: Wer ist für den Betreuungsteil pädagogisch verantwortlich? Darf ich auf die Unterlagen des Landes Vorarlbergs verweisen:

Zitat:

„Die pädagogische Gesamtaufsicht obliegt dem Schulleiter.“

Basis dafür sind: § 56 Schulunterrichtsgesetz; § 18 Pflichtschulorganisationsgesetz; § 11 Abs. 3 und § 2 iVm § 12 Abs. 1 lit. b Schulerhaltungsgesetz

Wir, als Stadt sind Schulerhalter.

Zitat: Der Schulerhalter ist für die Bestimmung als ganztägige Schule bzw. die Aufhebung der Bestimmung als ganztägige Schule sowie für die Bereitstellung des erforderlichen Freizeitpersonals, der entsprechenden Räumlichkeiten und der Verpflegung zuständig.

Auch wenn mehr pädagogisch geschultes Personal zur Verfügung stehen würde, welches ausnahmslos für die Freizeitbetreuung zuständig ist, wäre dieses definitiv auch rechtlich nicht für eine Konzepterstellung zuständig. Deren Aufgabe ist einzig und alleine die Betreuung der Kinder. Dieses Personal darf aktuell nicht mal Hausaufgaben betreuen!

Die pädagogische Konzepterstellung ist nicht dessen Aufgabe und das ist auch gut so, weil einerseits das Fachwissen und andererseits der Gesamtblick auf die schulische Entwicklung der Kinder fehlen würde. Es ist auch nicht Aufgabe der Stadt und noch weniger Aufgabe eines Bildungsausschusses, in dem ebenfalls größtenteils keine pädagogischen Fachkräfte sitzen.

Bzgl. des Essens: Hier bitte ich die SPÖ bei solchen Anschuldigungen von Ausgrenzungen von Kindern in Hohenems in Anträgen ZUERST die tatsächliche Situation zu klären, bevor irgendwelche Behauptungen in den Raum gestellt werden, die definitiv nicht stimmen.

Es mag sein, dass es nicht immer jedem und jeder schmeckt. Es mag auch sein, fällt das Küchenhauptpersonal mal aus, dass es kurzfristig zu Unterschieden bzgl. der Zubereitung kommen kann, aber unser Anbieter hält sich an die Vereinbarungen, geht auf verschiedene Wünsche oder spezielle Herausforderungen ein, achtet auf Regionalität u. Saisonalität.

Hier sind irgendwelche nicht überprüften Behauptungen meiner Meinung mehr als unangebracht. Das ist einfach nur unfair und ungerecht jenen gegenüber, die tagtäglich über 200-300 Essen für unsere Hohenemser Bevölkerung auf die Tische bringen und Rücksicht auf Unverträglichkeiten, eine regionale u. saisonale Vielfalt, auf vegetarische oder spezielle Ernährungsweisen durch die Religion nehmen.

Bzgl. der Situation im Gebäude der MS Herrenried: Es stehen verschiedene Möglichkeiten für die SchülerInnen zur Verfügung, ein Teil davon ist aber organisatorisch durch die Schulleitung in Bezug auf deren Konzept zu regeln (bspw. die Nutzung des Turnsaals). Fakt ist allerdings, und das möchte ich nicht schönreden, dass die älteren Schulgebäude definitiv nicht für die heutigen Anforderungen der Schülerbetreuung geplant und gebaut wurden. Um hier aber sinnvolle Maßnahmen zu setzen, ist die Basis das Konzept durch die Schulleitung, nicht durch die Stadt!

Wir haben seit September eine neue Stelle für die Schülerbetreuung in der Stadt geschaffen. Diese neue Stelle ist noch in der Einarbeitungsphase (und daran sieht man, wie komplex das ganze Thema ist, hier sind mehrere Monate notwendig, um dieses System inkl. Förderungen, rechtlichen Vorgaben, operative Abwicklung, Teamleitung von über 30 MitarbeiterInnen, usw. ist). Deren Aufgabe ist es, den Freizeitteil angepasst an der Konzept der Schule zu strukturieren, die zukünftige Steigerung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den verschiedenen Formen der Schülerbetreuung zu prognostizieren, dann mit dem von den DirektorInnen ausgearbeiteten pädagogischen Konzepten den Raumbedarf zu klären und in weiterer Folge mit der Bauabteilung die notwendigen Umbauten oder Zubauten zu planen. Das ist die Aufgabe der Stadt und diese wird wahrgenommen. Über diese Schritte wird im Bildungsausschuss zu gegebener Zeit informiert werden.

Deshalb stelle ich einen **Vertagungsantrag** mit Zuweisung an das Bildungsreferat, das von der SPÖ verlangte pädagogische Konzept vom Schulleiter einzufordern, sodass es dem Bildungsausschuss dann ggf. unter Beisein des Direktors präsentiert werden kann.

Der **Vertagungsantrag** wird mit 32:4 Stimmen (StV. Günter Zechner, StV. Arnulf Häfele, StR. Bernhard Amann, StV. Osman Güvenc) **angenommen**.

16. Antrag Ems isch üsr: Reduktion der Gebühren für Wasser und Abwasser/Kanal und Müll/Abfall, sowie der Elternbeiträge für Kleinkinderbetreuung, Kindergarten und Schülerbetreuung Schuljahr 2022/2023

StR. Bernhard Amann: Noch zum vorherigen Punkt möchte ich sagen, dass du 7 Jahre Bildungsstadträtin bist. Es gab immer schon Probleme.

Bürgermeister: Bitte um deine Wortmeldung zu diesem Punkt.

StR. Bernhard Amann: Ich möchte als Sozialstadtrat sagen, dass in Österreich 17 % in Armut oder an der Armutsgrenze leben. Der Bezirk Dornbirn hat die zweithöchsten Mieten in ganz Österreich. An erster Stelle liegt Salzburg. Die Mietkosten der OJAH wurden im letzten Stadtrat beschlossen. Wir sollten

dies stark kritisieren. Es gibt keinen Mietpreisdeckel. Die privaten Haushalte im Strom sind relativ günstig. Das Heizöl ist sehr teuer und auch die Pellets. Wir wissen nicht, wie wir das bezahlen sollen. Die Anzahl der Anträge für den Heizkostenzuschuss sind sehr hoch. Darum machen wir diesen Antrag. Vorher hat man mit Gießkanneprinzip gesprochen. Das Vermögen ist ungleich verteilt. Eine Familie mit Kindern hat ein Anrecht auf eine Gratisbetreuung. Ich will in die Menschen investieren und nicht in totes Kapital. Wir hoffen, dass sich die wirtschaftliche Situation erholt. Ich ersuche um Zustimmung.

Vizebgm. Patricia Tschallener: Wir haben ja den letzten Antrag abgelehnt. Inhaltlich bin ich voll bei dir, dass grundsätzlich Bildung gratis sein soll. Der Betrag hat kostendeckend zu sein. Es wäre ungesetzlich. Wir müssen uns daran halten. Wir werden den Antrag ablehnen. Einen anderen Antrag würden wir unterstützen.

StR. Angelika Benzer: Ich sehe inzwischen, dass es auch für den Mittelstand immer schwieriger wird. Ich bin der Meinung, dass eine Abfederung auf Gemeindeebene notwendig ist. Die Rücklagen der verschiedenen Bereiche werden jedoch auch benötigt. Wir von der Volkspartei denken, dass wir uns die Zeit lassen sollen, nochmals darüber nachzudenken. Den Heizkostenbeziehern sollte entgegengekommen werden. Wir werden dem Antrag nicht zustimmen.

Bürgermeister: Ich muss deutlich werden. Du bist Sozialstadtrat und wirst dafür bezahlt. Es sollen Anträge gestellt werden, die auch beschlussfähig sind. Wir brauchen einen Vorschlag den man diskutieren kann. Dieser Antrag hat weder Hand noch Fuß. Du erfüllst den Job in keinster Weise. Ich muss mir überlegen, ob die Ressortzuteilung richtig ist. Vorschläge müssen mit der Verwaltung ausgearbeitet werden. Das ist nicht mal ansatzweise erfüllt. Wir sollten etwas tun. Wir sollten eine Abfederung machen. Menschen mit niedrigeren Mitteln müssen unterstützt werden. Auf den Heizkostenzuschuss ist aufzubauen. Ich werde mit den Fraktionen sprechen. Eine Einmalzahlung für Mindestsicherungsbezieher und Heizkostenzuschussbezieher wäre eine Möglichkeit. Diese Daten haben wir schon. Die Staffellung der Familienmitglieder ist möglich. Ich werde in den nächsten Tagen nochmals auf euch zukommen. Wir müssen eine unbürokratische Lösung finden. Es ist den Menschen mit populistischen Anträgen nicht geholfen.

StR. Bernhard Amann: Es gibt auf der einen Seite die Politik und die Regierung. Ich kann Anträge machen, wie ich will. Wir sind das politische Gremium. Auf der anderen Seite gibt es den Stadtrat. Wenn sich speziell Menschen an mich wenden, gehe ich nach. Die Wünsche der einzelnen Fraktionen können eingebracht werden. Wir hätten gerne, dass Veränderungen kommen. Die politische Auseinandersetzung muss hier gemacht werden. Wenn du sagst, dass ich meine tägliche Arbeit, mit Wohnungssuchenden, Siedlungsarbeit usw. nicht gut mache, ist das in der STV politisch zu diskutieren. Unterschiede sind zu verbalisieren.

Bürgermeister: Wenn ein Sozialstadtrat seine Aufgabe nicht erfüllt, kann ich das sagen. Ich will eine inhaltliche Arbeit. Du hast Zugriff auf die Verwaltung und dann kommt nichts heraus, als wie dieser populistische, unausgereifte Antrag. Wenn du etwas für die Menschen machen willst, setz dich mit Josef Gojo und Raimund Lebenbauer zusammen und präsentiere fundierte Vorschläge.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung möge folgendes beschließen:

Die Stadt Hohenems reduziert im Budgetjahr 2023 die Gebühren in den Bereichen Wasser, Abwasser/Kanal, sowie Abfall/Müll analog der Inflation um 10 %!

Die Stadt Hohenems reduziert im Budgetjahr 2023 die Elternbeiträge für die Kleinkinderbetreuung, die Kindergartenbetreuung und die Schülerbetreuung auf € 1,00/monatlich!

wird mit 30:6 Stimmen (SPÖ, Ems isch üsr, Steinbruch-Gegner) **abgelehnt**.

17. Landtagsbeschluss betreffend ein Verfassungsgesetz bzw. Gesetz über eine Änderung

a) der Landesverfassung

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung bestellt.

wird mit 32:4 Stimmen (Ems isch üsr) **abgelehnt**.

b) des Parteienförderungsgesetzes

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung bestellt.

wird mit 31:5 Stimmen (Ems isch üsr; SPÖ) **abgelehnt**.

c) des Gesetzes über die Bildung und Betreuung von Kindern - Sammelgesetz

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung bestellt.

wird mit 31:5 Stimmen (Ems isch üsr; SPÖ) **abgelehnt**.

d) des Sportgesetzes

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung bestellt.

wird mit 32:4 Stimmen (Ems isch üsr) **abgelehnt**.

18. Abschluss einer Fördervereinbarung mit der Röm.-kath. Pfarre zum hl. Karl Borromäus

Bürgermeister: Die Gespräche konnten kurzfristig abgeschlossen werden und daher soll der Antrag heute behandelt werden.

Der **Antrag** lautend auf:

Abschluss der beiliegenden Fördervereinbarung mit der Röm.-kath. Pfarre zum hl. Karl Borromäus, über die denkmalschutzgerechte Sanierung der Pfarrkirche St. Karl Borromäus, Kirchplatz 2, 6845 Hohenems.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

19. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz

StR. Bernhard Amann beantwortet die Anfrage von Arnulf Häfele: In Sachen „Jugendlichearbeit“ bin ich mit Ulrike Herburger unterwegs. Die Probleme haben sich teilweise in die Ludwig Welte Straße und in Richtung Beethovenstraße verpflanzt. Wenn es bei uns Beschwerden gibt, gehen wir diesen nach.

StV. Arnulf Häfele: Ich danke den Stadträten für die Rückmeldungen. StR. Angelika Benzer du hast geschrieben, dass Jugendliche immer wieder die verlorene Generation genannt werden. Dir wäre es lieber, die Jugendlichen als Generation in der Krise zu benennen, aber die Jugendlichen sehen sich selbst als verloren.

In der Anfragebeantwortung zu dem Gesamtkosten Rathaus heißt es, dass die Kosten sich auf 15,7 Mio. Euro belaufen, abzüglich der Förderungen belaufen sich dann die Kosten auf 12,1 Mio. Euro. Es ist anzunehmen, dass der Betrag noch steigen wird.

In der Anfragebeantwortung zum Dr.-Neudörfer-Denkmal wurde bestätigt, dass der Text falsch ist. Dazu stelle ich eine **Anfrage** nach § 38 Abs. 4 GG: Wie hoch sind die bis heute aufgelaufenen Kosten? Ich ersuche um eine aufgeschlüsselte Aufstellung der einzelnen Kosten.

Die Beantwortung der Anfragen erfolgte bereits schriftlich.

20. Genehmigung der Niederschrift über die 17. und 18. Sitzung der Stadtvertretung

StV. Arnulf Häfele: In der 18. Niederschrift unter TOP 10 Allfälliges wurde festgehalten, dass ich die Anfrage zum Verkauf Altes Rathaus an die Stadträte gestellt habe. Ich habe die Anfrage an den Bürgermeister gestellt und diese wurde auch von ihm beantwortet.

Der Bürgermeister will immer noch nicht, dass seine Partei richtig geschrieben wird und darum stimme ich der Genehmigung der Niederschrift nicht zu.

Die Niederschriften werden mit 35:1 Stimmen (StV. Arnulf Häfele) genehmigt.

21. Allfälliges

StV. Dieter Mathis: Ich stelle nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Am 04.10.2022 war auf Kommunalnet.at von einem Baukartell zu lesen. Im Zeitraum von 2002 bis 2017 haben nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen über 80 Unternehmen, teilweise große Baukonzerne, aber auch mittlere und kleinere Bauunternehmen, in unterschiedlichen Konstellationen in allen

Bundesländern bei der Vergabe von Bauaufträgen kartellrechtswidrige Absprachen getroffen. Gegen mehrere Unternehmen hat das Kartellgericht bereits Strafen verhängt. 2 Konzerne sind als Kronzeugen aufgetreten

- Hat eine Prüfung stattgefunden, inwieweit die Stadt Hohenems von rechtswidrigen Absprachen betroffen ist?
- Welche Schritte wurden zur Prüfung eingeleitet?
- Wenn die Stadt betroffen ist, ist bekannt wie hoch die Schadenssumme ist?

Bürgermeister: Es ist nichts Relevantes für die Stadt dabei.

Es kursieren in Hohenems Gerüchte, dass beim neuen Hofkindergarten ab dem Kindergartenjahr 2023/24 nur mehr 17 Kinder anstelle der bisher 18 Kinder aufgenommen werden können.

Wenn das Gerücht richtig ist, woran liegt die Reduktion der Anzahl zu betreuender Kinder? Ich gehe nicht davon aus, dass der Bedarf zurückgegangen ist.

Naheliegend - liegt hier ein Planungsfehler vor, wenn ja um wie viele m² wurde der neue Hofkindergarten zu klein gebaut?

Wenn hier ein Planungsfehler vorliegt, wer hat diesen zu verantworten?

Alle Jahre wieder im November: Im Verlauf von 2022 hat es mehrere Berichte des Prüfungsausschusses gegeben. Mich würde der Umsetzungsstand der Empfehlungen interessieren.

StV. Günter Zechner: Es gibt ein Gerücht, dass der Sportplatz beim VfB Gelände bebaut wird. Stimmt das?

Bürgermeister: Das ist ein Gerücht und es stimmt nicht. Wir stärken die Sportanlagen.

StV. Günter Zechner: Ich möchte von Patricia Tschallener wissen, wo im Schulhof die Geräte stehen?

Vizebgm. Patricia Tschallener: Die Geräte sind nicht fix im Schulhof montiert. Diese sind verräumt.

StV. Arnulf Häfele: Ich stelle nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Am 24.11. findet im Feuerwehrhaus eine Anrainerinformation zum Schwefelbächlein statt. Was ist der Anlass für diese Veranstaltung?

Bürgermeister: Weil es Hochwasserprobleme gibt, findet diese Information statt.

Wie schaut die Bilanz des Einsatzes des Talentemobils aus. Ich ersuche um eine genaue Aufstellung der Einsatzdaten.

Am 11.10.2022 wurde im Stadtrat unter Punkt 3 der Tagesordnung eine Änderung oder Ergänzung des Kaufvertrages „Altes Rathaus“ mit der Schadenbauer Unternehmensberatung GmbH behandelt. Es wurde ein Sideletter zum Kaufvertrag Altes Rathaus vom 11. Juli 2022 beschlossen?

1. Warum benötigt man einen Sideletter?
2. Wie lautet der Text dieses Sideletters?

In einem Stadtratsprotokoll habe ich gelesen, dass sich StR. Angelika Benzer darüber beschwert hat, dass ihr Foto vom Facebook verwendet wurde.


Ende der Sitzung: 21:16 Uhr

Die Schriftführerin:

Der Vorsitzende:

Birgit Amann

Bgm. Dieter Egger

	Unterzeichner	EMAIL=stadt@hohenems.at,serialNumber=641220037619,CN=Stadt Hohenems,OU=Stadt Hohenems,O=Stadt Hohenems,C=AT
	Datum/Zeit-UTC	2022-12-15T12:12:43Z
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.hohenems.at/services/amt-service/amtinfo/amtssignatur/
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	